

Lippe 1800 – 1848

Biedermeier oder Vormärz?

Der Vortragszyklus "Lippe im Vormärz. Von bothmäßigen Unterthanen und unbothmäßigen Demokraten" hat sich zum Ziel gesetzt, eine anschauliche Vorstellung von den Verhältnissen in Lippe in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu vermitteln. Aufgabe der folgenden Ausführungen ist es, den allgemeinen Rahmen abzustecken und die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen zu nennen, unter denen sich das Leben abspielte.

In der Formulierung meines Themas tauchen zwei Begriffe auf, die erläutert werden müssen, denn sie sollen herangezogen werden bei dem Versuch, die politische Atmosphäre in Lippe in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu charakterisieren.

Vormärz oder Biedermeier? Was soll das heißen? Wenn der Historiker von "Vormärz" spricht, so geht er von der im März 1848 ausbrechenden Revolution aus und befragt die vorhergehende Zeit danach, wie weit in ihr die revolutionären Märzereignisse des Jahres 1848 bereits vorbereitend angelegt sind. Er wird besonders ihre Träger und die sie begünstigenden Elemente beachten und vielleicht dazu neigen, die Erscheinungen, die die Moderne, die Zukunft vertraten, mit besonderer Sympathie zu behandeln.¹ Um der Gefahr zu entgehen, die historische Wirklichkeit im nachhinein aus dieser Sicht heraus zu verzeichnen, wird der Gegenbegriff des "Biedermeier"² herangezogen, der eine andere, gleichzeitig gelebte Einstellung zur Wirklichkeit erfaßt. Sieht man von dem Bedeutungswandel ab, dem dieser Begriff unterlag, so meint man mit "Biedermeier" eine Lebenshaltung, in der in Abwendung von der Politik der Rückzug ins Familiär-Private, ins Harmonisch-Idyllische gesucht wurde. Die Frage lautet also: Welche Haltung und welche Elemente sind in Lippe zwischen Wiener Kongreß und 48er Revolution vorherrschend: Die revolutionär-verändernden und radikal-demokratischen oder die apolitisch-obrigkeitstreuen und regierungsfromm-untertänigen?

Der Schwerpunkt der Ausführungen wird auf dem Vormärz im engeren Sinne liegen, der Zeit zwischen französischer Julirevolution 1830 und

1848. Wenn es aber nicht nur um Ereignisgeschichte gehen soll, sondern auch um ein Verständnis des sozialgeschichtlichen Hintergrundes und um eine Berücksichtigung der politischen Handeln ermöglichenden vorgegebenen Strukturen von Wirtschaft und Gesellschaft, so muß zeitlich etwas weiter ausgegriffen werden in die Regierungszeit der Fürstin Pauline. Denn hier wurden in mehrfacher Hinsicht Entscheidungen getroffen und Weichen gestellt, durch die in Lippe die Rahmenbedingungen für die folgende Generation definiert wurden. Unabhängig von Daten, die für die Geschichte einzelner Staaten wichtig sind, gilt für die europäische, die deutsche und auch für die lippische Geschichte, daß der Abschnitt zwischen Französischer Revolution von 1789 und 48er Revolution eine *Zeit des Übergangs* ist. Einer der besten Kenner der deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert, der Historiker Karl-Georg Faber, sagt dazu: "Es war der Übergang von der sich auflösenden Ständeordnung zur bürgerlichen Gesellschaft und der Beginn ihrer klassenmäßigen Differenzierung. Es war das Vorfeld der industriellen Revolution [...]. Veränderungen im demographischen, agrarischen und gewerblichen Sektor arbeiteten dieser säkularen Revolution vor. Es waren die Jahrzehnte des Umbaus des monarchischen Verwaltungsstaates zum Verfassungsstaat, der aber in seinen Institutionen hinter den politischen Erwartungen der neuen Gesellschaft zurückblieb. Es war die Zeit eines tiefgreifenden geistigen und kulturellen Umbruchs."³ Ich möchte im folgenden versuchen nachzuzeichnen, wie man in Lippe auf die Herausforderungen dieser Umbruchszeit – einer "latenten Systemkrise", wie Faber sagt – antwortete.

Die Zeit der Regentschaft der Fürstin Pauline 1802 – 1820

Aus der Zeit der Regentschaft der Fürstin Pauline⁴ sind für die Folgezeit drei Bereiche von besonderem Gewicht und verdienen es, herausgehoben und festgehalten zu werden:

- die politische Leistung für die Erhaltung der Selbständigkeit Lippes,
- die Aktivitäten um die Lösung sozialer Probleme und
- die Auseinandersetzungen mit den Ständen um die Verfassung.

Erich Kittel hat *die Frage des Fortbestandes der staatlichen Selbständigkeit* das Hauptproblem der letzten 150 Jahre lippischer Geschichte genannt und niemand, der sich mit ihr beschäftigt, wird vergessen, das Verdienst Paulines um sie zu rühmen.⁵ Recht würdigen kann man es nur, wenn man

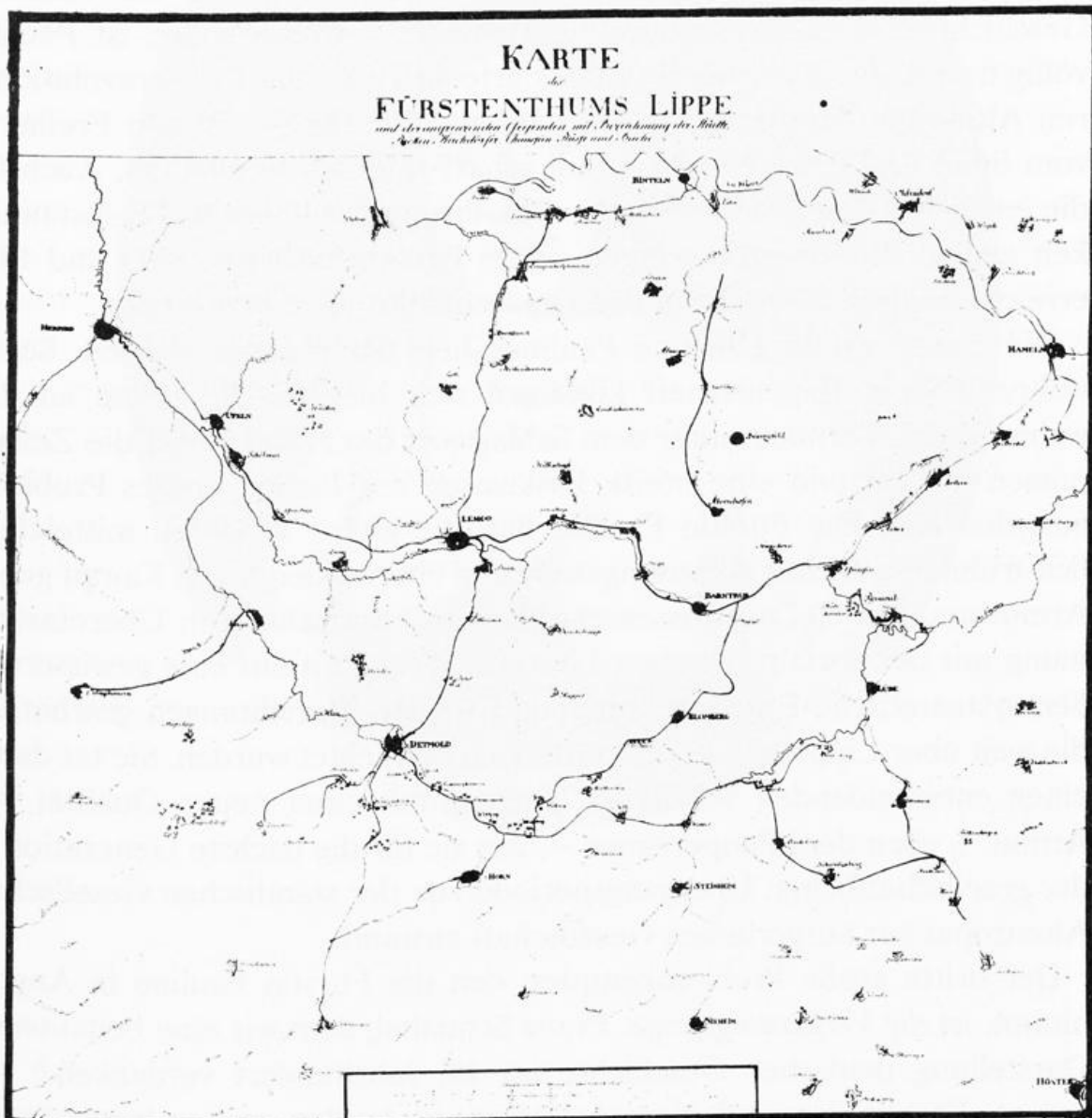


Abb. 1 Karte des Fürstentums Lippe und der angrenzenden Gegenden mit Bezeichnung der Städte, Flecken, Kirchdörfer, Chausseen, Flüsse und Bäche, gezeichnet von L. Reinecke, 1830

an die Gefahren erinnert, die der lippischen Selbständigkeit zwischen 1803 und 1815 drohten. Als erstes zu nennen ist die große staatlich-politische Flurbereinigung mit dem Reichsdeputationshauptschluß von 1803, mit der die Auflösung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation eingeleitet wurde. Im Zeichen von Mediatisierung und Säkularisation wurden unzählige kleine und kleinste staatliche Gebilde aufgehoben. Es folgt die napoleonische Eroberungs- und Expansionspolitik, die Lippe als staatliche Einheit durch frühen Beitritt zum Rheinbund überdauert. Die Fürstin Pauline bleibt auch dann noch eine Bewunderin Napoleons, als das entstehende Nationalbewußtsein zur Erhebung und zum Befreiungskampf führt. Die mächtige nationale Zeitströmung, die die deutsche Geschichte des 19. Jahrhunderts entscheidend prägen sollte, ist Pauline völlig fremd, die hier ganz als aufgeklärte Aristokratin des vorrevolutionären Alteuropa empfindet – wofür sie aus dem Kreis um den Freiherrn vom Stein und Ernst Moritz Arndt scharf kritisiert worden ist. Auch für die letzte Hürde auf dem Weg zur Bewahrung der lippischen Selbständigkeit gelingt es hinwegzukommen, als es Pauline zwischen 1813 und 1815 erreicht, Lippe unversehrt in den Deutschen Bund zu überführen.

Die zweite große Leistung Paulines liegt im *sozialen Bereich*. Schon während ihrer Regentschaft kündigen sich hier die Probleme an, die während des Vormärz unter dem Schlagwort des *Pauperismus* die Zeitgenossen bewegt und eine breite Diskussion zur Lösung dieses Problems ausgelöst hat. Die Fürstin Pauline hat, die ältere Tradition mittelalterlich-frühneuzeitlicher Almosengewährung überwindend, den Kampf gegen Armut und Bettelei mit wissenschaftlicher Gründlichkeit in Übereinstimmung mit der sozialpolitischen Literatur ihrer Zeit auf eine gewissermaßen systematische Ebene gehoben und soziale Einrichtungen geschaffen, die weit über Lippe hinaus als vorbildlich betrachtet wurden. Sie tat damit einen entscheidenden Schritt im Umgang mit einer neuen Qualität von Armut – eben dem Pauperismus –, wie sie für die nächste Generation in der gesellschaftlichen Übergangsperiode von der ständischen Gesellschaft Alteuropas zur bürgerlichen Gesellschaft anstand.

Der dritte große Problemkomplex, den die Fürstin Pauline in Angriff nimmt, ist *die Verfassungsfrage*. Franz Schnabel, dem wir eine bedeutende Darstellung deutscher Geschichte im 19. Jahrhundert verdanken,⁶ hat gesagt, *Konstitution und Maschine* seien die beiden großen bewegenden Phänomene des 19. Jahrhunderts. Mit "Konstitution" ist die seit der Französischen Revolution nicht mehr zu unterdrückende politische Forderung des Bürgertums nach einer geschriebenen Verfassung gemeint, mit "Maschine" wird der gesamte Komplex der Modernisierung der Wirtschaft,



Pauline Christine Wilhelmine
geborene Fürstin von Meiningen und Regentin zur Lippe
geborene Fürstin zu Hildburghausen

Reich in 2^{ter} N. 10. 1813. gedruckt.



Abb. 2 Fürstin Pauline zur Lippe (1769 - 1820). Stich von C. Felsing 1813

die Industrielle Revolution, umschrieben. Erich Kittel hat mit Recht festgestellt, daß sich in der Verfassungspolitik Paulines "ein merkwürdiges Nebeneinander veralteter absolutistischer und moderner, dem Zeitgeist Rechnung tragender Prinzipien"⁷ zeigt. Seit 1815 als Mitglied des Deutschen Bundes eingebunden in den rechtlichen Rahmen der in Wien verabschiedeten Bundesakte, greift Pauline den dort formulierten viel umstrittenen Verfassungsauftrag des Artikels 13 auf.⁸

Sie erläßt 1819 eine Verfassung,⁹ die auf dualistisch-landständischer Basis insofern einen Schritt zur modernen Verfassung tut, als in ihr erstmals auf dem Landtag neben dem Gutsbesitz Bürger und Bauern vertreten sind. Dieser Vorschlag ist von Pauline zweifellos nicht aus politisch-demokratischer Grundhaltung heraus gemacht worden, sondern entspringt der Intention, ihrer Politik eine breitere Basis in der lippischen Bevölkerung zu verschaffen und für die anstehenden Reformen gegenüber den widerstrebenden privilegierten Ständen Unterstützung zu erhalten. Genau dies aber ruft den Widerstand der alten Stände hervor. Zu einem für Pauline äußerst ungünstigen Zeitpunkt wird der Streit auf die Bundesebene gehoben. Dort trifft der lippische Verfassungsstreit auf eine sich verhärtende Restaurationspolitik Metternichs. 1819 ist das Jahr der Karlsbader Beschlüsse. Pauline kann von den alten Ständen, die ihre Privilegien zäh verteidigen, propagandistisch geschickt als umstürzlerische Demokratin diffamiert werden. Die Verfassung bleibt darüber schließlich auf der Strecke – Pauline legt 1820 die Regentschaft zugunsten ihres Sohnes nieder – und damit ist für Lippe die Chance vertan, mit anderen deutschen Staaten früh den Schritt zur Modernisierung der Verfassung zu tun. Mit einem Bürger und Bauern stärker in die politische Verantwortung einbindenden Landtag wäre vermutlich in den folgenden Jahrzehnten auch eine andere, vielfältigere Interessen berücksichtigende Wirtschaftspolitik möglich gewesen, als es unter immer antiquierter werdenden Verfassungsverhältnissen der Fall war.

Lippe im Vormärz

Während der gut drei Jahrzehnte und damit den gesamten Vormärz umfassenden Regierungszeit Leopolds II. (1820–1851) ist die staatliche Selbständigkeit Lippes nicht bedroht. Der Vormärz in Lippe ist geprägt durch die Reformmaßnahmen, die zur inneren Modernisierung des Staates in den Bereichen Verfassung, Verwaltung und Wirtschaft ergriffen



Abb. 4 Fürst Leopold II. zur Lippe (1796 - 1851)

wurden, und durch die Veränderungen, die sich im gesamtgesellschaftlich-kulturellen Bereich vollzogen haben.

Verfassungsprobleme

Die Verfassung,¹⁰ die nach jahrelangem Streit zwischen dem Landesherrn und den alten Ständen unter Heranziehung von Rechtssachverständigen und Gutachtern und nach erneuter Beschwerde beim Bundestag 1836 in Kraft gesetzt werden kann, ist eine landständische, die im wesentlichen die überkommenen Verhältnisse sanktioniert und nur in der Zusammensetzung der Landesrepräsentation schwache Ansätze zur Modernisierung erkennen läßt.¹¹ Auf der Grundlage des Grundeigentums werden 3 Stände gebildet mit je 7 Deputierten: der 1. Stand, die Ritterschaft, wird durch 5 adlige und 2 bürgerliche Besitzer landtagsfähiger Rittergüter vertreten; dieser Stand tritt allein als 1. Kurie im Landtag auf. Die Deputierten des 2. Standes, der Städte, und des 3. Standes, des ländlichen Grundbesitzes, werden durch indirekte Wahlen ermittelt und bilden zusammen die 2. Kurie. Den Landständen werden die bis 1805 vorhandenen Rechte sowie das Steuer- und Anleihebewilligungsrecht bestätigt. Ansonsten stehen ihnen nur das Recht des Vorschlages, der Erinnerung und der Anzeige zu. Neu und zukunftssträchtig ist der Hinweis in der Präambel, daß die Landstände die allgemeine Repräsentation des Landes darstellen. Hieraus ergibt sich als Konsequenz (§30) die gemeinsame Beratung von Gegenständen, welche allgemeine Landesangelegenheiten betreffen. Diese werden "bis zum Schluß in allgemeiner Landesversammlung verhandelt und es entscheidet in Rücksicht ihrer die Mehrheit der Stimmen sämtlicher Abgeordneter."¹² Hier kündigt sich der moderne allgemeine Repräsentationsbegriff an, der den freien, nur seinem Gewissen verpflichteten Abgeordneten kennt und Auftragsbindung und imperatives Mandat ablehnt. Dieser moderne Ansatz ist in der Verfassung von 1836 jedoch nicht durchgehalten. In den meisten Fällen ist die Abstimmung in getrennten Kurien vorgesehen und damit am alten Verständnis der ständisch gebundenen Deputierten festgehalten. Mit der Konstituierung der Ritterschaft als 1. Kurie kommt dieser gegenüber dem in der 2. Kurie zusammengefaßten 2. und 3. Stand ein besonderes politisches Gewicht zu, das weder den Zeiterfordernissen noch den sozialen Gegebenheiten des Landes entspricht. Da zudem die Ständeversammlung nur alle zwei Jahre für zwei bis drei Wochen tagt und es keine Öffentlichkeit der Beratungen, nur Publikation der Ergebnisse gibt, sind die politischen Einflußmöglich-

Verordnung, die landständische Verfassungs-Urkunde betreffend.

Von Gottes Gnaden Wir Paul Alexander Leopold, regierender Fürst zur Lippe, edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg &c. &c.

Schon längst war es Unser Wunsch, durch Sanctionirung einer, den Verhältnissen Unseres Landes und den Zeit-Umständen angemessenen, landständischen Verfassungs-Urkunde eine auf das Grund-Eigenthum, als den sichersten und bleibendsten Besitz, begründete, allgemeine Repräsentation der Interessen des Landes herbeizuführen und die Rechte und Pflichten der darauf basirten Landes-Vertretung festzustellen.

Nachdem nunmehr dieser wichtige Gegenstand auf dem heute beendigten Landtage mit Unsern getreuen Ständen sorgfältig berathen worden, erlassen Wir, unter deren Zustimmung, und mit Aufhebung der Verordnung vom 8ten Juni 1819 und der derselben angehängten Wahlvorschrift, so wie auch der Geschäftsordnung vom 31sten August 1819, hiemit nachfolgende

Landständische Verfassungs-Urkunde, nebst Wahlvorschrift für den zweiten und dritten Stand.

Tit. I.

Bestimmungen der Landstände, ihrer Rechte und Pflichten.

§. 1.

Die Landstände des Fürstenthums Lippe bestehen künftig aus den Abgeordneten der übrigens qualificirten adlichen und bürgerlichen Besitzer Landtagsfähiger Rittergüter, welche ohne Unterschied der Geburt oder sonstiger Rechte die Ritterschaft bilden, der Städte, einschließlich des Fleckens Lage, und der übrigen Grundbesitzer des Landes.

§. 2.

Eine jede dieser 3 Classen erwählt sieben Abgeordnete aus ihrer Mitte und bilden diese das Landständische Collegium, welches das Interesse des ganzen Landes und nicht das des einzelnen Standes zu vertreten hat.

keiten der Stände sehr gering. Die landesherrliche Regierung ist durch Erfahrung und Kenntnisse – "Herrschaftswissen" – und durch die Kontinuität ihrer politischen Praxis gegenüber politisch unerfahrenen Ständevertretern immer im Vorteil. Im Notstandsfall darf sie sogar das Steuer- und Anleihebewilligungsrecht der Stände außer Kraft setzen, muß allerdings den ständischen Ausschuß unterrichten und vor dem nächsten Landtag einen Verwendungsnachweis vorlegen. Einer Regierung, die die Stände nicht hochkommen lassen will, sind hier weite legale Möglichkeiten gegeben, die, wie die Landtagsverhandlungen und die Landtagsabschiede der nächsten Jahre bestätigen, vom lippischen Landesherrn und seiner Regierung genutzt werden. Allgemein läßt sich in den folgenden Jahren feststellen, daß der Landesherr keine bindende Verpflichtung im Votum der Stände sieht, sondern nach Gutdünken entscheidet, wann er ihrem Beirat, ihren Wünschen und Monita folgt und wann nicht – eine eher dem Absolutismus als dem vormärzlichen Konstitutionalismus zukommende *Maxime*.¹³ Kiewning, der wohl beste Kenner der lippischen Verfassungsgeschichte, kommt zu dem abschließenden Urteil: "In Zukunft mußte eine gute Verwaltung ausgleichen, was die Verfassung sündigte."¹⁴

Verwaltungsreformen

Aus der Fülle der Gesetze, die im Laufe des Vormärz erlassen wurden, um die Verwaltung den Erfordernissen einer neuen Zeit anzupassen, will ich zwei herausgreifen, aus denen sich die Probleme dieser Umbruchperiode besonders gut verdeutlichen lassen: die beiden Verordnungen das *Heimatrecht* und die *Landgemeindeverfassung* betreffend von 1841 und die *Städteordnung* von 1843.¹⁵ Die Notwendigkeit, gesetzgeberisch tätig zu werden, war in beiden Fällen unterschiedlich, beide Male aber ging es darum, die kommunale Selbstverwaltung neu zu organisieren. Bezeichnenderweise werden in Lippe *Heimatrecht* und *Landgemeindeverfassung* zuerst in Angriff genommen – in Preußen war das bekanntlich anders.¹⁶ Drei Gründe werden dafür im "Lippischen Magazin"¹⁷ angeführt. Erstens: auf dem platten Lande gebe es keine organisierten Gemeinden. Denn: "Der Feudalnexus und die Eigenbehörigkeit vertraten daselbst die Stelle des Gemeindeverbandes. Der Bauersmann besaß kein aktives Staatsbürgerrecht, sondern wurde in allen öffentlichen Angelegenheiten, freilich nicht immer zu seinem Vorteil, durch die Gutsherrschaft vertreten. Die erfolgte Aufhebung des Guts- und Leibeigentums hat dieses Verhältnis völlig verändert; der Bauer hat das volle Staatsbürgerrecht

erworben; die privilegierten Korporationen und Genossenschaften verschwinden täglich mehr, und es ist notwendig, daß die Gliederung des Staates nach dem Prinzip erfolge, welches nur in einer zweckmäßigen Organisation der Gemeinden bestehen kann."¹⁸ Als Motiv für eine konkrete gesetzgeberische Maßnahme wird hier auf eine Änderung der gesellschaftlichen Verfassung hingewiesen, die im eingangs aufgeführten Zitat Fabers zum Begriff des Vormärz gemeint war, als er von einer Gesellschaft im Übergang von der ständischen zur bürgerlichen Organisationsform sprach. Die im Vormärz von den Zeitgenossen besorgt und beunruhigt beobachtete Auflösung der überkommenen Lebensformen und der durch Tradition, Herkommen und Sitte vorgeprägten Verhaltensweisen hat eine breite gesellschaftskritische Diskussion ausgelöst, in der die Begriffe Dekorporierung, Disproportionierung und Entsittlichung oder Entsittigung viel verwendet wurden.¹⁹

Als zweiter Grund für die Notwendigkeit eines Heimatgesetzes und einer Landgemeindeordnung wird die "Zunahme der Bevölkerung im allgemeinen und insbesondere der ärmeren Klasse der Untertanen, welche ohne Unterstützung nicht subsistieren kann" angeführt.²⁰ Mit der letzten Bemerkung ist auch schon das dritte Problemfeld des Vormärz angerissen, nämlich die *Armenfürsorge*, der *Pauperismus*; an dessen Lösung scheiden sich dann allerdings die Geister. Wie schwer man sich auf allen Seiten tut, das neuartige Phänomen massenhafter Armut zu bewältigen, wie stark das Denken sich noch in traditionellen Mustern abspielt und daß die Fronten von Fortschritt und Reaktion ganz anders verlaufen als wir vermuten, läßt sich an diesem Beispiel gut belegen. Die landesherrliche Regierung legt einen Gesetzentwurf vor, der die Armenversorgung den Gemeinden zur Pflicht macht, die staatlichen Kassen entlastet und zu einer klaren Regelung von Ansprüchen und Zuständigkeiten führen soll. Hiergegen wenden sich die Stände nicht nur aus verständlichem finanziellem Egoismus – auch die Staats- und Steuerkassen sollen mit Zuschüssen zur Armenversorgung beitragen. Darüber hinaus argumentieren sie mit dem Hinweis auf den höheren ideellen Wert freiwilliger privater Wohltätigkeit und sehen moralische Gefahren in der gesetzlichen Zwangsregelung die, so würden wir es ausdrücken, bei den Bedürftigen zu einer Anspruchsmentalität und bei potentiellen Wohltätern zu unchristlicher Hartherzigkeit und Bequemlichkeit führen würde.²¹ Besonders typisch ist eine Stimme im "Lippischen Magazin". Dort heißt es: "Den Armen ein Recht auf Unterstützung zu erteilen und der Gemeindekasse eine Verbindlichkeit dazu aufzuerlegen, scheint keine ersprießliche Neuerung zu sein [...] / [...] Zwang bedürfen wir noch nicht, weil die Gesinnung

der Wohltätigkeit bei den Lippnern, besonders den Landleuten, noch nicht erstorben ist. Sie geben viel im Stillen, wenn auch nicht in barem Gelde. Wohltätigkeit ist eine Tugendpflicht, keine Rechtspflicht; wird Wohltätigkeit in eine Rechtsverbindlichkeit umgewandelt, so verliert sie ihren sittlichen Charakter, ihren Wert und ihre Schönheit. Wohltätigkeit hört auf, wenn durch Steuern alles Fehlende herbeigeschafft werden muß. Viele würden denken, warum denn durch freiwillige Gaben für andere die Armensteuer entrichten? Und mit der Wohltätigkeit hört auch die Tugendpflicht der Dankbarkeit auf. Auch Dankbarkeit hat ihren hohen sittlichen Wert. Wer sich zu vornehm hält, den wohlwollenden Dank des Hilfsbedürftigen anzunehmen, dessen Wohltat wird zur ehrenkränkenden Beleidigung. Wenn aber dem Armen erst gegeben wird, wenn der Arme die Gabe als ein Recht fordern kann, dann findet er zur Dankbarkeit keine Gelegenheit, dann haben wir künftig für Wohltätigkeit eine verhaßte Armentaxe, für freiwillige Vereine zur Unterstützung der Hilfsbedürftigen in den Tagen der Not einen gesetzlich erzwungenen, engherzigen Bund, und statt der dankbaren Anerkennung des Armen dessen Trotz und Unverschämtheit."²²

Teile des politisch erwachenden und reformbereiten Bürgertums lehnen sozialpolitische Initiativen des Staates ab, sehen in Armut noch weitgehend ein zufällig-individuelles durch die Lebensführung herbeigeführtes Schicksal und greifen auf herkömmliche Tugenden zurück, die der neuen

540 CLXII. Verordnung, das Heimaths-Recht betreffend, von 1841.

§. 20.

e. Anspruch auf Unterstützung.

Hilfsbedürftige haben da, wo sie heimathsberechtigt sind, aus den vorhandenen Armenmitteln Unterstützung zu gewärtigen. Im Nothfalle liegt deren Gewährung dem Heimathsverbande ob.

§. 21.

Maassregeln zur Vorbeugung der Verarmung.

Die Gemeinden sind ermächtigt, bei der zuständigen Behörde darauf anzutragen, daß etwaige Verschwender unter Curatel gestellt, gegen Eiederliche, Trunkenbolde und Arbeits scheue aber die zulässigen Correctionsmittel angewandt werden.

Qualität des Armutsproblems nicht mehr angemessen sind. Der Regierungsentwurf ist insofern moderner, als er die Fürsorgepflicht des Staates anerkennt und das im Pauperismus zutage tretende gesellschaftliche Strukturproblem durch eine allgemeine gesetzlich-normative Regelung anzugehen versucht.

Aufgrund des Widerspruchs der Stände werden die die Fürsorge betreffenden Paragraphen in den beiden Gesetzen gestrichen. In Paragraph 20 des Heimatgesetzes wird der Anspruch auf Unterstützung nach dem Herkommen umschrieben.²³ Im folgenden Paragraphen 21 wird auf der Argumentationslinie des "Lippischen Magazins" zwecks Vorbeugung der Verarmung ausgeführt:

"Die Gemeinden sind ermächtigt, bei der zuständigen Behörde darauf anzutragen, daß etwaige Verschwender unter Kuratel gestellt, gegen Liederliche, Trunkenbolde und Arbeitsscheue aber die zulässigen Korrektionsmittel angewandt werden." Im übrigen werden die überkommenen Verhältnisse festgeschrieben. Wie seit dem Mittelalter erfolgt die Sozialkontrolle und -disziplinierung über das Heimatrecht. Nur dieses verleiht die Möglichkeit, einen ordentlichen ständigen Wohnsitz zu nehmen, der wiederum Voraussetzung für die Ausübung eines Gewerbes ist. Aus einem letztlich mittelalterlich-statischen Nahrungsdenken heraus hält man an der die Bevölkerungsentwicklung regulierenden Funktion des Heimatrechts über Heiratsbefugnis und Trauscheinvergabe fest. Das trifft vor allem die ländliche soziale Unterschicht der Einlieger. Daß man mit diesen Methoden der sozialen Probleme der europäischen – bis heute nicht eindeutig geklärten – Bevölkerungsexplosion nicht Herr wurde, kann der Historiker feststellen. Aber auch heute stehen wir trotz verbesserter Kenntnisse und modernster Steuerungsmethoden dem weltweiten Bevölkerungsanstieg einigermaßen hilflos gegenüber.

Die mit dem Heimatrecht korrespondierende und am selben Tag wie dieses erlassene *Gemeindeverfassung* hat ebenfalls weitgehend die überkommenen Verhältnisse festgeschrieben. In Gemeindeangelegenheiten stimmberechtigte Mitglieder in der Dorfversammlung sind selbstverständlich nur Eigentümer von Haus- und Hofstätten oder über erblichen Besitz und Vermögen verfügende finanziell unabhängige Dorfbewohner. Damit werden die Einlieger ausgeschlossen. Über ihre Probleme entscheidet die Versammlung der Besitzenden, deren Steuern zur Finanzierung der Sozialverpflichtungen der Gemeinde herangezogen werden müssen.

Die während der Diskussion der Landgemeindeordnung schon anvisierte *Städteordnung* wurde zwei Jahre später, 1843, erlassen. Auch sie geht – wie ihr Vorbild, die preußische Städteordnung von 1808 – von einem

heute längst aufgegebenen rechtlich präzise definierten Stadtbegriff aus, der diese klar gegenüber dem Land abgrenzt. Die neue lippische Städteordnung, die durch individuelle Besonderheiten berücksichtigende Ortsstatuten zu ergänzen wäre, will Mißbräuche oligarchischer Stadtverfassungen beseitigen und bei Wahrung der Selbständigkeit der Städte ihre Verfassung den Zeiterfordernissen anpassen. Politische Rechte und Pflichten als Mitglieder der Stadtgemeinde haben nur die Einwohner der Stadt, die im Besitz des Bürgerrechts sind, das wiederum nur unter bestimmten Vermögensvoraussetzungen erworben werden kann. Die übrigen Einwohner der Stadt sind Schutzverwandte, Exemte, Forensen oder Fremde, die an der politischen Selbstverwaltung der Stadt nicht beteiligt sind.

Durch die Verfassung von 1836 und die Verordnungen zur Regelung der kommunalen Angelegenheiten zieht sich ein uns vielleicht fremd gewordener, dem gesamten 19. Jahrhundert aber noch selbstverständlicher Grundsatz hindurch: die Koppelung politischer Rechte an Grundbesitz und Vermögen. Auch wenn die behandelten Gesetze das Herkommen festschreiben und kaum zukunftssträchtige Elemente aufweisen, so ist doch der Schritt aus der bloßen Tradition zur rechtlichen Kodifizierung wichtig und entwicklungsfähig. Denn die schriftliche Fixierung schafft größere Rechtssicherheit, erleichtert die Kontrolle und gewährt leichtere Fortentwicklungsmöglichkeiten. Diese haben in Lippe seit 1836 im Rahmen verfassungsrechtlich garantierter politischer Rechte der landständischen Repräsentation zu erfolgen.

Wirtschaftsreformen

Wirtschaftsreformen mußten, wenn sie von allgemeiner Bedeutung sein sollten, beim damals wichtigsten Wirtschaftszweig ansetzen, der Landwirtschaft. Der große Komplex der *Agrarreformen*, den man gemeinhin *Bauernbefreiung* nennt, war schon 1808 von der Fürstin Pauline mit der Verordnung zur Erleichterung der freiwilligen Teilung der Gemeinheiten (7.6.1808)²⁴ und mit der Aufhebung der Leibeigenschaft (27.12.1808)²⁵ in Angriff genommen worden. Materiell weit bedeutender als die 1832 verfügte Aufhebung der herrschaftlichen Extradienste, der Jagd- und Fischereidienste, waren die fortbestehenden Spann- und Handdienste, Zins- und Pachtgefälle und andere auf dem Boden liegende Geld- und Naturalabgaben. Ihre Aufhebung erfolgte 1838 mit der Verordnung die *Ablösung der Dienste, Zehnten, Korn- und Viehabgaben betreffend* (4.9.).²⁶

N^o CLXIII.**Verordnung, die Gemeinde-Verfassung betreffend.**

Von Gottes Gnaden Wir Paul Alexander Leopold, regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg &c. &c.

Eine zweckmäßige Gemeinde-Verfassung wird als ein dringendes Bedürfniß in neuerer Zeit allgemein anerkannt. Da namentlich die Landgemeinden Unseres Fürstenthums dieselbe bisher gänzlich entbehrten: so haben Wir Uns bewogen gefunden, mit Beirath getreuer Stände die nachfolgende Land-Gemeinde-Ordnung zu erlassen:

§. 1.

Es bestehen auf dem platten Lande Dorfs- und Amtsgemeinden.

I.

Von den Dorfsgemeinden.

§. 2.

Umfang.

Die Bewohner einer Bauerschaft, mit Einschluß der Flecken Börsingfeld, Alverdissen und Warenholz, bilden die Dorfsgemeinde.

Mehrere kleine Ortschaften können, wenn es für zweckmäßig erachtet werden sollte, zu Einer Bauerschaft oder Dorfsgemeinde vereinigt werden.

§. 3.

Orts-Statuten.

Wo örtliche Verhältnisse es wünschenswerth machen, können für einzelne Gemeinden auf deren Antrag Orts-Statuten errichtet werden.

Die-

N^o 8.

1843.

Gesetz-Sammlung

für das

F ü r s t e n t h u m L i p p e.

Detmold, den 3. Juni 1843.

N^o 18.

Städteordnung, vom 16. Mai 1843.

Von Gottes Gnaden Wir **Paul Alexander Leopold**, Regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg ic. ic.

Schon bei der Erlassung der Landgemeinde-Ordnung vom 2. März 1841 war es unsere Absicht, auch die Verfassung und Verwaltung der Stadtgemeinden auf eine zweckmäßige, den Anforderungen der Zeit entsprechende Weise zu ordnen. Wir haben zu dem Ende eine Städte-Ordnung entwerfen lassen, welche, nach vorgängiger Berathung mit getreuen Ständen, als ein für die Städte Unseres Fürstenthums, mit Einschluß des Fleckens Schwalenberg, verbindliches Gesetz im Nachstehenden publicirt wird.

8

Tit.

Verordnung, die Ablösung der Dienste, Zehnten, Korn- und Vieh-Abgaben betreffend.

Von Gottes Gnaden Wir Paul Alexander Leopold, regierender Fürst zur Lippe, edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg etc. etc.

Die anerkannten Nachtheile, welche die Verschwerung des Grundeigenthums durch Dienste, Zehnten und sonstige Natural-Abgaben für den Ackerbau zur Folge hat, indem dadurch der Landwirth in dem freien Gebrauche seiner Kräfte, in der Verfügung über seine Producte und dem Betriebe seiner Wirthschaft beschränkt wird, sind zwar von Unsern Unterthanen weniger empfunden worden, weil Unsere Cammer denselben bisher schon gestattete, die herrschaftlichen Zehnten und Spanndienste, auch einen großen Theil der Handdienste und sonstige Natural-Abgaben in Gelde zu entrichten und die Zehntlast bereits durch mehrere Gesetze gemildert wurde. Um jedoch die Grundbesitzer allgemein in Stand zu setzen, sich von jenen Lasten mittelst Entschädigung der Berechtigten zu befreien und dadurch die volle Entwicklung der Landwirthschaft, dieser ersten

Abb. 9 Ablösungsordnung 1838

Zur Durchführung der Ablösung, die einer ständischen Kommission anvertraut wurde, mußte eine den Berechtigten und den Verpflichteten gleichermaßen zufriedenstellende gerechte Entschädigung gefunden werden. Gesamtwirtschaftlich und sozialpolitisch entscheidend war, daß man in Lippe die Ablösungen allein in Form von Geldzahlungen – einer jährlichen Rente oder dem Fünfundzwanzigfachen dieser Rente – durchführte, also Landabtretungen, wie sie seit 1816 in Preußen möglich waren, vermied und damit auch deren negativen Auswirkungen aus dem Wege ging. Als man 1843 auch noch die Steuerfreiheit des eximierten Grundbesitzes aufhob,²⁷ hatte man den entscheidenden Schritt getan, um die Landwirtschaft von überkommenen Feudallasten und die von ihr lebenden Menschen von Rechtsunsicherheit und Rechtsungleichheit zu befreien. Damit waren die Voraussetzungen gegeben, um eine moderne, d.h. rationelle, wissenschaftlich begründete Landwirtschaft zu betreiben. Die dafür notwendigen Kenntnisse versuchten Zeitschriften und landwirtschaftliche Vereine zu vermitteln, Organisationsformen also, die charakteristisch für die sich in diesen Jahren herausbildende bürgerliche Gesellschaft sind. Wie weit im Vormärz aufgrund dieser Reformen schon materielle Erfolge zu verzeichnen waren, läßt sich schwer abschätzen. Langfristig waren die positiven Folgen der hier eingeleiteten wirtschaftlichen

Umstellung und Modernisierung nicht zu übersehen. Die Wirtschaftskrise von 1845/46 hatte andere Ursachen.

Für Handel und Gewerbe war der *Beitritt Lippes zum preußischen Zollverein 1841*²⁸ von großer Bedeutung. Von preußischen Besitzungen umgeben und immer in der Gefahr, von Preußen erobert und annektiert zu werden, hat Lippe sich dem wirtschaftlich-dynamischen, modernen Staat angeschlossen, was andere norddeutsche Staaten, wie z.B. Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Schaumburg-Lippe noch länger hinauszögerten. Das Für und Wider wurde jahrelang in Lippe lebhaft erörtert. Allein im "Lippischen Magazin" reißt die Kette der Stellungnahmen lange nicht ab, überwiegend sieht man hier die Vorteile für Lippe. Anders die Vertreter der alten Stände, die in der gesetzgeberischen Vorbereitungsphase immer wieder Einwände erhoben. Wie das Publikationspatent und die Fülle von Gesetzen, Verträgen und Vereinbarungen zeigen, hatte der Schritt ganz erhebliche Konsequenzen für Lippe. Die auf lange Sicht zweifellos unvermeidbare wirtschaftliche Anlehnung an Preußen ist in Lippe rechtzeitig und mit politischem Geschick erfolgt. Auch hat man es in Lippe verstanden, trotz wirtschaftlicher Abhängigkeit die politisch-staatliche Selbständigkeit formal zu erhalten.

*Veränderungen im gesellschaftlich-kulturellen Bereich
und die Politisierung der entstehenden bürgerlichen Gesellschaft:
Vereinsbewegung und Bau des Hermanns-Denkmal*

Bisher wurde von den Reformmaßnahmen berichtet, die während des Vormärz in Lippe seitens des Staates, durch die Regierung, vorgenommen wurden, um eine zeitgemäße Modernisierung aller Verhältnisse zu ermöglichen und einzuleiten. Wenn es aber zutrifft, daß diese Übergangszeit durch das *Auseinandertreten von Staat und Gesellschaft*²⁹ charakterisiert ist, so muß nun ein Blick auf diese Gesellschaft geworfen werden. Im Anschluß an gute Kenner der Geschichte des 19. Jahrhunderts, die sich ihrerseits auf zeitgenössische Analysen stützen konnten, habe ich zur Kennzeichnung der vormärzlichen Gesellschaft die Schlagworte Dekorporierung, Disproportionierung und Entsittlichung oder Entsittigung³⁰ zitiert. Mit ihnen wollten die Zeitgenossen ausdrücken, daß weder die alten Korporationen, noch die bisherigen sozialen Proportionen, noch die herkömmliche Sitte galten und daß man in eine atomisierte, chaotische, unstrukturierte Gesellschaft abrutschte. Tatsächlich aber bildeten sich in

dieser Übergangszeit neue Ordnungs-, Organisations- und Artikulationsformen: der Verein oder die Assoziation und die Presse.³¹

*Der Verein oder die Assoziation*³² ist insofern eine typisch bürgerliche Organisationsform, als sie dem aus überlieferten ständischen und staatlichen Bevormundungen sich emanzipierenden, selbstbestimmenden Individuum die Möglichkeit des freien Zusammenschlusses mit anderen eben solchen Individuen bietet, um spezifische Zwecke und Interessen zu verfolgen. Die Mitgliedschaft im Verein erfaßt das Individuum nur partiell, eben im Sinne des Vereinszwecks, und nicht total, wie Stand und Korporation – deshalb kann dieser Einzelne durchaus gleichzeitig mehreren Vereinen angehören – und jederzeit nach freier Entscheidung ein- und austreten. Die Funktionen der Vereine, die seit den 30er Jahren überall in Deutschland entstehen, sind aus der Sicht des Soziologen erstens: eine Gesellschaft im Übergang zu strukturieren, und zweitens: Orientierungs- und Identitätsprobleme zu kompensieren.

Das Vereinsphänomen ist viel beachtet und in seinen vielfältigen Ausprägungen und Erscheinungsformen von den Historikern untersucht worden. Man hat die 40er Jahre des 19. Jahrhunderts als eine "Zeit der Vereine" bezeichnet und aus ihrer Existenz Aufschlußreiches über Mentalität, z.B. das Nationalbewußtsein, entnehmen können.

Lippe fügt sich in die allgemeine Entwicklung ein und zeigt auf kleinem Raum eine überraschend vielseitige geistige und kulturelle Lebendigkeit.³³ Fast schlagartig setzen Mitte der 30er Jahre Aktivitäten ein, die erstaunlich breit gestreut sind und große Teile der lippischen Bevölkerung erreichen. *Zwischen 1835 und 1848* kann man von einer *Hoch-Zeit der Vereinsbewegung* sprechen, die Publikationsmöglichkeiten der Zeitungen und Zeitschriften werden genutzt und die Hermanns-Denkmal-Bewegung und die mit ihr verbundenen Feste werden – über die Grenzen Lippes hinaus – von breiten Bevölkerungskreisen getragen. Eine Atmosphäre des Aufbruchs, der Mitbestimmung breitet sich aus; es ist eine Zeit der "Bürgerinitiativen". Die Gründe hierfür sind zum einen zweifellos im allgemeinen politischen und kulturellen Klima in Deutschland nach der Julirevolution zu suchen. Zudem kommt Mitte der 30er Jahre eine Generation zum Zuge, die in ihren Studienjahren durch die Freiheitskriege, die Burschenschaftsbewegung und die nationale Begeisterung geprägt worden ist. Ein kleiner Kreis aufgeschlossener, gebildeter Männer hat alle Aktivitäten im vormärzlichen Lippe getragen. Auf ihre Namen stößt man unweigerlich, ganz gleich, ob es sich um die Vereinsbewegung, um den Hermannsdenkmalbau, Zeitungs- und Zeitschriftengründungen, karitative Unternehmungen, soziale Projekte oder politische

Initiativen handelt. Immer wieder tauchen die Namen Petri, Piderit, Schierenberg, Brandes, Weerth auf, um nur einige zu nennen. Sozialgeschichtlich interessant ist, wie viele Gemeinsamkeiten bei diesen Männern festzustellen sind: sie stammen aus dem akademischen oder kaufmännischen gehobenen Bürgertum, ihre Väter sind Theologen, Pfarrer oder Superintendenten, Gymnasialdirektoren, Regierungsmitglieder, Bürgermeister und erfolgreich in Handel und Gewerbe tätig. Auffallend ist, daß relativ viele erst von der Fürstin Pauline ins Land geholt worden sind. Die kurz vor oder nach 1800 geborenen Söhne dieser Männer wachsen in einer politisch turbulenten Zeit auf und erleben mit jugendlicher Begeisterungsfähigkeit als Schüler und Studenten den nationalen Aufbruch. Viele studieren in Jena und Halle, wo sie der Burschenschaft beitreten, nehmen an Studentendemonstrationen und -unruhen teil, einige müssen deshalb die Universität wechseln. Das nationale und soziale Engagement durchzieht ihr ganzes Leben und verbindet sich mit ihrer Heimatliebe. Ihr Nationalismus, ihre Heimatverbundenheit ist kein enger Partikularismus, sondern Teil ihres kulturellen Bewußtseins. Politisch ist diese bürgerliche Bildungsschicht liberal bis reformkonservativ eingestellt, in jedem Fall politisch selbstbewußt. Man versteht sich – mit allen Konsequenzen – als staatstragende Schicht, ist bereit zu verantwortlicher politischer Mitarbeit, fordert diese aber auch und ist nicht gewillt, als gehorsamer Untertan obrigkeitliche Entscheidungen kritiklos in Empfang zu nehmen.

Einige wenige Fakten als Beleg für die allgemeinen Feststellungen seien nachgeliefert:³⁴

1835 wird der *"Naturwissenschaftliche und Historische Verein"* gegründet, im selben Jahr auch das *"Lippische Magazin für vaterländische Cultur und Gemeinwohl"*, das in den nächsten Jahren faktisch als Publikationsorgan für den Verein fungiert, im übrigen aber ein Diskussionsforum für alle Themen abgibt, die die politisch und kulturell interessierten Lipper bewegten: die Verfassungsfrage, die Verwaltungsreformen, die soziale Frage, der Beitritt zum Zollverein, das Hermannsdenkmalprojekt und viele andere Vereinsaktivitäten. Das Jahr 1844 bringt zwei weitere wichtige Vereinsgründungen: Die evangelischen Christen aller Glaubensrichtungen, durch den langjährigen Katechismusstreit³⁵ erregt, gründen den Hauptverein der Gustav-Adolf-Stiftung für das Fürstentum Lippe und – für die Wirtschaftsentwicklung von größter Bedeutung – ein landwirtschaftlicher Verein wird ins Leben gerufen. Auf große Resonanz stoßen in dieser Zeit auch die weit verbreiteten Mäßigkeits-, Enthaltsamkeits- und Entsagungsvereine. Außerdem gibt es eine unüberschaubare Zahl von Vereinen zur Förderung unterschiedlichster Zwecke: zur Förderung der

Pferdezucht, zur Verbreitung und Beförderung der Handwerke unter den Israeliten, Versicherungen gegen Unfall, Krankheit, Lebens-, Mobiliar-, Hagel- und Tierversicherungen, Biervereine, lokale Vereine, Gesangsvereine usw. Der Vielfalt der Ziele entspricht die unterschiedliche soziale Rekrutierung.

Quer durch alle sozialen Schichten geht die Unterstützung für den *Bau eines Nationaldenkmals*.³⁶ Die Idee geht auf die Zeit der nationalen Erhebung und Befreiung zurück, in der Form greift das Bürgertum höfisch-repräsentative Traditionselemente auf und während der vormärzlichen Planungs- und ersten Bauphase (1838–46) kommt dem Monument die Funktion nationaler Identitätsstiftung und -setzung zu.³⁷ An diesem Projekt beteiligen sich alle Bevölkerungskreise durch Spendenaktionen, Aufrufe, Zeitungsartikel, Leserbriefe, literarische und lyrische Produkte, festliche Veranstaltungen, und schließlich in der Form von Festen anlässlich der Grundsteinlegung 1838 und bei der Schließung des Grundsteingewölbes 1841.³⁸

Überblickt man die vielen Initiativen im gesellschaftlichen Raum im Vormärz in Lippe, so artikuliert sich hier ein Mitgestaltungswille, der auch dort, wo er scheinbar unpolitisch ist, doch ein politisches Potential aktiviert und Voraussetzungen für direktes politisches Handeln schafft. Das zeigt sich im Revolutionsjahr 1848.

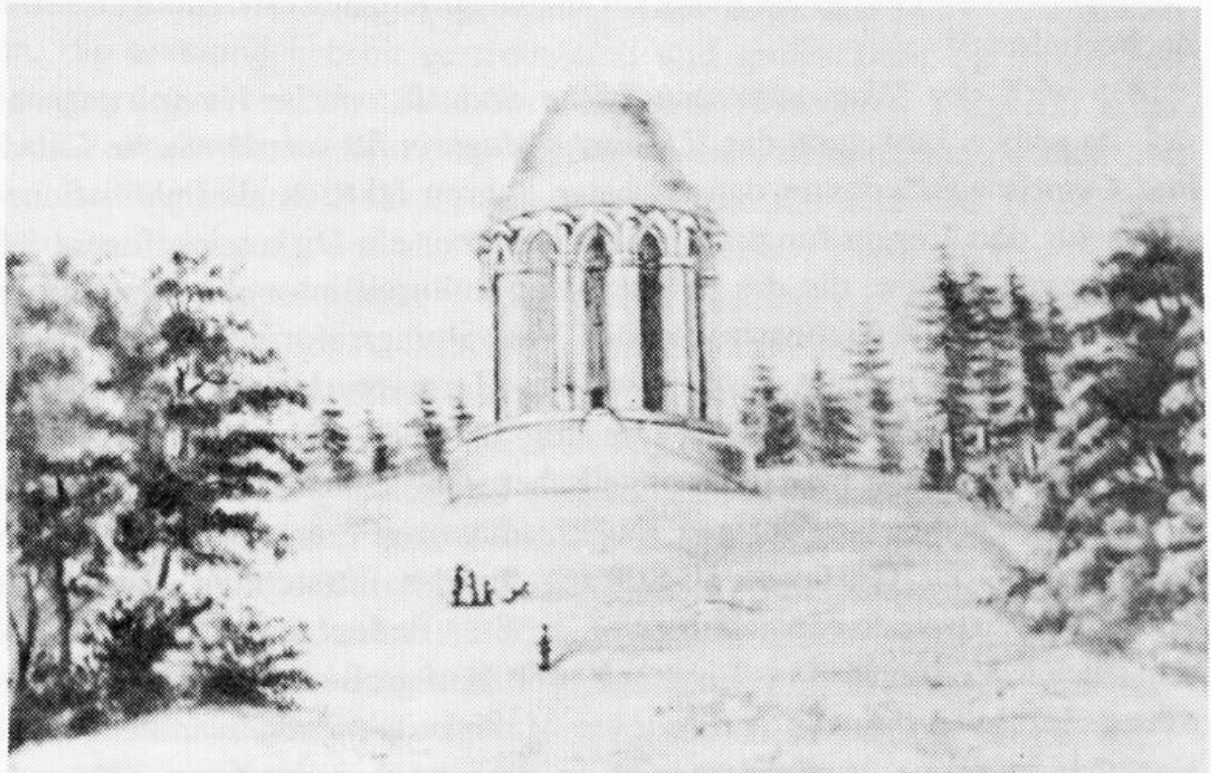


Abb.10 Das unvollendete Hermannsdenkmal, vor 1870

Obwohl nicht Thema dieser Untersuchung, muß zur Beantwortung der übergreifenden Leitfrage ein Blick auf das Revolutionsjahr selbst geworfen werden. Wurde der Schritt vom botmäßigen Untertan zum unbotmäßigen Demokraten 1848 in Lippe getan? Und wenn ja, von wem?

Ein Proletariat, gar ein politisch organisiertes, gab es bis in die 2. Jahrhunderthälfte in Lippe nicht. Die am Rande des Existenzminimums lebende soziale Unterschicht rekrutierte sich aus ländlichen Einliegern, die z.T. als Spinner und Weber in den 40er Jahren mit der Krise des Leinengewerbes in Not gerieten. Der rasche Bevölkerungsanstieg dieser Schicht führte zu einer neuartigen Verschärfung des Armutsproblems, dem Pauperismus, für das auswärtige Ziegelerarbeit und Auswanderung ein gewisses Ventil schufen, das dennoch von aufmerksamen, kritischen Beobachtern als systemsprengend und nach neuen Antworten verlangend empfunden wurde. Die soziale Frage wurde im Revolutionsjahr jedoch nicht thematisiert. In den Märzforderungen spielt sie keine Rolle. Den Betroffenen selbst fehlten die Fähigkeit und die Möglichkeit, ihre Existenzprobleme zu artikulieren und auf eine politische Ebene zu heben. Nur in einzelnen Fällen wurde in Eingaben einzelner Städte (Lage, Schötmar, Barntrup) und der eines Kaufmanns aus Salzuflen auf lokale soziale Mißstände aufmerksam gemacht.³⁹ Dennoch haben einzelne Einliegerrevolten, so z.B. aus den Ämtern Schötmar, Lage, Oerlinghausen als soziale Warnungen gewirkt, allerdings nicht immer eindeutig im den politischen Fortschritt fördernden, sondern z.T. ausgesprochen im gegenteiligen Sinn. So haben z.B. die aufsehererregenden Vorgänge in der Grafschaft Rietberg um den Gutsbesitzer Tenge auf Niederbarkhausen und die dadurch ausgelösten Gewalttaten zur Verhärtung der Fronten geführt. Die Regierung entsandte Militär, und die Furcht vor Umsturz brachte die Besitzenden auf dem Lande und in den Städten zum Zusammenschluß, zur Bildung von Bürgerwehren. Mit Kittel muß man feststellen: "Die von der Regierung vorgesehene Organisation des Landsturms nach den alten Gesetzen aus der Zeit der Freiheitskriege wurde von den besitzenden Schichten abgelehnt, da man damit zugleich auch die unsichere Klasse der Einlieger hätte bewaffnen müssen. Das provisorische Gesetz über die Errichtung einer allgemeinen Bürgerwehr in den Stadt- und Landgemeinden vom 30. März, aus der die Demokraten gern eine Waffe der Revolution gemacht hätten, blieb auf dem Papier."⁴⁰

Direkt beteiligt am politischen Geschehen des Jahres 1848, das in Lippe nirgends revolutionäre Züge annahm, sondern im wesentlichen eine *Peti-*

tionsbewegung war, haben sich, mit unterschiedlicher Resonanz und Wirkung, vor allem zwei politische Richtungen: Demokraten und liberale und reform-konservative Fortschrittliche, während sozialistisch-kommunistische und reaktionär-pietistische Strömungen Randerscheinungen blieben.

Angestoßen wurde die Märzbewegung durch den *Demokraten* Karl Vette, der die ersten Volksversammlungen und eine Volkspetition entwarf. Um der sich hier möglicherweise anbahnenden revolutionär-demokratischen Entwicklung zuvorzukommen, ergriffen Magistrat und Stadtverordnete Detmolds die Initiative für eine eigene Petition an den Fürsten. Der Erfolg war die Gewährung der Pressefreiheit⁴¹ und eine Proklamation des Fürsten vom 9. März, in der neben der Pressefreiheit die Öffentlichkeit der ständischen Verhandlungen und die Trennung von Regierung und Kammer gewährt und weitere politische Zugeständnisse vom Landesherrn in Aussicht gestellt wurden (Verminderung der Kosten des Bundeskontingents; Beeidigung des Militärs auf die Verfassung; für Lippe günstige Zollverhältnisse; Verbesserung und Vervollkommnung der deutschen Bundesverfassung; Umgestaltung und Vervollkommnung der bestehenden landständischen Verfassung und der Finanzverfassung Lippes).

Mit diesem Entgegenkommen, einer Regierungsumbildung und der Entlassung des Regierungspräsidenten, war weitergehenden Forderungen der Demokraten der Wind aus den Segeln genommen. Der *bürgerliche Fortschritt* hatte sich erfolgreich durchgesetzt. Ihr führender Kopf, Moritz Leopold Petri, trat als provisorisches Mitglied in die Regierung ein, sein Vater Friedrich wurde Regierungspräsident. Einer befürchteten Radikalisierung war der Boden entzogen. Die beim Fürsten weiter einlaufenden Petitionen enthielten Dank für die gewährten Zugeständnisse oder beschränkten sich gar auf diesen. Die Vettesche Volkspetitionsbewegung fand keine Resonanz mehr.

Die demokratischen Kräfte aber haben die politische Diskussion weiter belebt und geprägt. Ihr Organ war die seit März in Lemgo erscheinende "Wage", herausgegeben von Karl Vette, Carl Volkhausen und Gustav Adolf Wolff. Diese drei Redakteure und, politisch eng mit ihnen verbunden, Theodor Althaus, sind die bekanntesten Vertreter demokratischer Vorstellungen in Lippe. Während Vette und Wolff eher auf konkretes politisches Handeln ausgerichtet waren, begegnet uns in Theodor Althaus und Carl Volkhausen der Typ des allgemein-philosophisch und theologisch interessierten linken Intellektuellen. In den 40er Jahren hatten sie in Lippe einen Leseverein gegründet, in dem sich junge Theologen, Juristen, Philologen – alle aus bildungsbürgerlichem Hause stammend – zur

mer avsläpfig:

mit anständig:
a. bezahlte Zeitungsausgaben im Landesrat
auf

aus
b, Gesammte Lebensdauer des Kessels mit ihrer Ver-
sauerung.

2., Wir müssen zuerst eine allgemeine Skizze der
Sache aufzeichnen, wie sie ist, und dann die einzelnen
Punkte, welche zu einer Lösung führen können,
aufzeichnen.

3. Mit mehrfachen Jahren: nallstündige Dauer.
Einnahme des aufsteigendsteigigen Rastens des Laufs.
Warte für aufsteigendsteigigen Mischungs in einem.
mit Einwandangelegenheiten Laufs bei der Aufsteigendsteigigen.

4. Die häufigste Gefahr: Regulierung des Einkommens, unregelmäßige, unzureichende oder unangemessene Verteilung des Einkommens mit dem Sozialvermögen ist das größte Hindernis für die Entwicklung der Wirtschaft.

5., Mit unserer Frau: gesch. 2a.
wiederholte der Rath, so daß jeder Anwesende
sich wiederholte und schließlich jeder Käufer
zu der neuen Einrichtung verpflichtet sei.

6., mio migliore amico: Nazario ha
 fatto un bel disegno di un granchio nel mare.

fr.

gute Pflege mit Beständigkeit so her-
stellbar.

7., Mir persönlich kann: mögliche An-
mindestens der Kasse des Militärs; Anwei-
gung besteht auf der Kasse.

8., wie häufiger kann: selbstständige
Mehrfachstellung mit selbstgewählter Deklination.

9. Mir würdiger Herr: Gerechtige Gr.
wärmes Lebendiger Aufpreis.

10., Mit mirsper ferner: eine Kranz-
ke Kesselmühle des Hallsens auf Eschgraben
nach demselben, falls seine Einsichtungen sich mit
den Vermutungen des Raths nicht besser vereinigen;
sonst in Einsichtungen laßten.

11., Was wir schon früher: daß das
Landtags Regieren zur Exekution
eines kaiserl. Patentes das Recht hat.
sagen möge.

12., Mir einiges mehr: fassend
so mögliches so Revision der zu
mir der Stellung unerschöpflichen Neben.

张其成

Von Gottes Gnaden Wir Paul Alexan- der Leopold, Regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg &c. &c.

Den uns in den letzten Tagen kund gewordenen Wünschen Unserer geliebten Unterthanen haben Wir gern entsprochen.

Die Presse haben Wir durch eine gestern erlassene Verordnung in Unserm Lande für frei erklärt.

Die Oeffentlichkeit der ständischen Verhandlungen werden Wir schon auf dem bevorstehenden Landtage gern gestatten.

Die Trennung Unserer Regierung und Cammer, dergestalt, daß kein Mitglied des einen Collegium in dem andern noch fernere Sitz und Stimme führt, haben Wir bereits angeordnet.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landstände in Finanzangelegenheiten und die ihnen zustehende entscheidende Stimme bei der Gesetzgebung erkennen Wir hierdurch ausdrücklich an.

Eine Verminderung der durch die Unterhaltung des Bundescontingents erwachsenden Kosten werden Wir uns möglichst angelegen seyn lassen.

Die Verteidigung des Militärs auf die Verfassung werden Wir anordnen.

Wir werden nicht anstreben, eine volksthümliche Wehrverfassung mit selbst gewählten Officieren in Unserm Lande unter Beirath getreuer Stände einzuführen.

Wir werden gern und nach Kräften dahin wirken, daß die Zollverhältnisse in eine bessere Uebereinstimmung mit den Wünschen und den Interessen des Volkes gebracht werden.

Um Deutschland auf die Stufe von Würde, Macht und Wohlfahrt zu heben, welche ihm unter den Völkern Europa's gebührt, bedarf es einer Verbesserung und Vervollkommnung der bestehenden Bundesverfassung. Das allgemein ausgesprochene Verlangen hiernach erkennen Wir als begründet an; und Wir werden hierzu, besonders zur Einführung einer allgemeinen Deutschen Volksvertretung nach Kräften mitwirken.

Auch den auf eine Umgestaltung und Vervollkommnung der bestehenden landständischen Verfassung und der Finanzverfassung Unseres Landes gerichteten Wünschen Unserer geliebten Unterthanen werden Wir gern entsprechen. Da die bestehende Verfassung auf Vertrag beruht, so werden Wir auf dem bevorstehenden Landtage darüber Vorlagen machen lassen, und Wir hoffen, daß unter dem Schutze der Oeffentlichkeit und der freien Presse ein Werk zu Stande kommen wird, das den Wünschen Unserer geliebten Unterthanen und der Wohlfahrt des Landes entspricht.

Durch die gegenwärtige Erklärung glauben Wir die wahrhaft landesväterlichen Gesinnungen, welche uns seit dem vor mehr als 27 Jahren erfolgten Antritte Unserer Regierung leiteten, von Neuem zu bekräftigen. Wir hegen das Vertrauen zu Unseren geliebten Unterthanen, daß sie uns in Unsern landesväterlichen Bemühungen unterstützen werden; und Wir setzen mit ihnen den Segen des Himmels auf ein Land herab, dessen Wohlfahrt Unserm Herzen vor Allen theuer ist.

Gegeben Detmold, den 9ten März 1848.

Leopold, Fürst zur Lippe.

B. A. Gschenburg. Petri. von Meien. Piderit. Petri.

Mitbürger!

Unser Aller Wünsche sind erfüllt. Se Durchlaucht der Fürst hat uns heute folgende gnädigste Resolution zugehen lassen:

pr. den 9. März Morgens 7 1/2 Uhr 1848.

„Die in der mir weiter zugegangenen Vorstellung des Magistrats und der Stadtverordneten vorgetragenen Wünsche wegen Gewährung der Pressefreiheit und Trennung der Stellen bei Regierung und Kammer habe ich bereits gewährt und das Nöthige angeordnet.“

„Auch die übrigen mir in obiger Eingabe vorgetragenen Wünsche erfülle ich gerne, und habe der Regierung das Nöthige mitgetheilt, wodurch jedoch etwaigen Rechten der Landstände nicht vorgegriffen werden soll.“

„Der Magistrat und die Stadtverordneten können dieses unter den Bürgern bekannt machen, und vertraue ich darauf, daß dieselben Alles anwenden, um die öffentliche Ruhe zu erhalten.“

Detmold den 8. März 1848.

„Leopold, Fürst zur Lippe.“

Es den hiesigen Magistrat und die Stadtverordneten.

Wir lassen hier unsere erste Petition vom 7ten d. M. nebst der unterm 8ten darauf erhaltenen Antwort S. 10. so wie die Eingabe, in welcher wir am gestrigen Tage die gemachten Anträge nochmals zu wiederholen uns verpflichtet glaubten, unter den Nummern I. II. und III. in wörtlichem Abdruck folgen:

I.

Durchlauchtigster Fürst,
gnädigst regierender Fürst und Landesherr!

„Ew. Hochfürstl. Durchlaucht halten wir, die unterzeichneten Magistrat und Stadtverordnete der Residenzstadt Detmold, uns verpflichtet, die nachstehenden Wünsche in Bezug auf die Verfassung und die Verwaltung des Landes unterthänigst vorzulegen, von deren gnädigster Erfüllung unserer innigen Ueberzeugung nach die Ruhe und das Wohl der Stadt und des ganzen Landes abhängen wird.“

Wir wünschen:

1. Wiederherstellung des Vertrauens zwischen Regierung und Volk.

„Für das hierzu geeignetste Mittel erachten wir vorläufig:

a. sofortige Zusammenberufung der Landstände und

b. Gehaltung unbedingter Öffentlichkeit ihrer Verhandlungen.“

2. Wir wünschen ferner eine allgemeine Volksovertretung, und nicht, wie bisher, eine bloße Vertretung der einzelnen Stände; gleiche Berechtigung zur Wahl und Wählbarkeit aller selbstständigen Staatsbürger.

3. Wir wünschen ferner: vollständige Anerkennung des verfassungsmäßigen Regiments der Landstände zur entscheidenden Mitwirkung in Steuer- und Finanzangelegenheiten und bei der Gesetzgebung.

4. Wir wünschen ferner: Regelung des Finanzwesens, Vereinigung des Staatshaushalts mit dem Domänenhaushalt und eine daraus auszuwerkende Einkünfte für den Regenten.

5. Wir wünschen ferner: gerechte Besteuerung des Volks, so daß jeder Unterthan ohne Ausnahme nach Verhältnis seiner Kräfte zu den Steuern beizutragen verpflichtet sei.

6. Wir wünschen ferner: Reform der Justiz zur Förderung einer prompten und wohlfeilen Rechtspflege mit Öffentlichkeit der Verhandlungen.

7. Wir wünschen ferner: möglichste Verminderung der Kosten des Militärs; Vereinfachung desselben auf die Verfassung.

8. Wir wünschen ferner: völkethümliche Wehrverfassung mit selbstgewählten Offizieren.

9. Wir wünschen ferner: sofortige Gewährung unbekingter Pressefreiheit.

10. Wir wünschen ferner: eine Revision der Verhältnisse des Zollvereins und Loslösung von demselben, falls seine Einrichtungen sich mit den Interessen des Volks nicht besser, wie bisher, in Einklang bringen lassen.

11. Wir wünschen ferner: daß Ew. Durchlaucht Regierung zur Constituirung eines deutschen Parlaments das Ihrige beitragen möge.

12. Wir wünschen endlich: Enthebung der Mitglieder der Regierung von den mit ihrer Stellung unverträglichen Nebenämtern, namentlich von den Director- und Rathstellen bei der Rentkammer, so lange noch eine gesonderte Domänen-Verwaltung besteht.

„In tiefer Ehrfurcht verharren

Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht

„treu-gehorfamste

„Magistrat und Stadtverordnete der Stadt Detmold.“

Detmold den 7ten März 1848.“

Abb.13 Flugblatt zu den Märzerrungenschaften, 7. - 9. März 1848 (Vorder- und Rückseite)

II.

pr. d. 2/3 Nachmittags 3 1/4 Uhr.

„Serenissimus lassen dem Magistrate und den Stadtverordneten auf ihre am heutigen Tage höchsten Orts ringende Vorstellung verläufig eröffnen, daß Höchstseelichen bereits aus eigener Bewegung, die Einberufung Ihrer getreuen Stände, um mit denselben in dieser bewegten Zeit das Wohl des Landes zu beraten, beschließen hätten und wird eine Bekanntmachung desfalls durch das nächste Regierungsblatt ergehen. Die vorgetragenen Wünsche und Anträge werden alsdann reiflich erwogen werden und dürfen sich die Bittsteller zum Voraus überzeugt halten, daß Serenissimus zu Allem gern die Hand bieten werden, was zur Wohlfahrt Höchst Ihrer geliebten Unterthanen irgend beitragen kann.“

Detmold den 8ten März 1848.

„Fürstlich Lippische Regierung.
W. Eschenburg.“

Im
den Magistral und die Stadtverordneten hielsch.

III.

„Durchlauchtigster Fürst!
„Gnädigst regierender Fürst und Landesheerr!“

„Ew. Hochfürstl. Durchlaucht haben uns unterm heutigen Tage die gnädige Gewährung des von uns ausgedrückten Wunsches einer sofortigen Berufung der Stände des Landes eröffnen lassen, wofür wir unsern unterthänigsten Dank hiermit ausdrücken. Indes ist die Aufregung der Bewohner unseres Landes, sowohl in den Städten als auf dem flachen Lande, sicherem Vernehmen nach zu einer Höhe gestiegen, daß sie auch durch sofortige Bekanntmachung der allerhöchsten Resolution nicht würde beschwichtigt werden können; ja dieselbe würde bei Gelegenheit des, wie allgemein bekannt, auf einen der nächsten Tage bevorstehenden Zusammenströmens einer außerordentlichen Volksmenge in unserer Residenzstadt das Schlimmste befürchten lassen. Wir halten uns demnach in unserm Gewissen verbunden, Ew. Durchlaucht in Unterthänigkeit das einzige Mittel anzugeben, das unserer innigen Ueberzeugung nach diese große und sicher nicht bloß eingebildete Gefahr zu beseitigen im Stande sein würde. Dieses Mittel besteht in sofortiger Gewährung derjenigen unter den Ew. Durchlaucht heute in Unterthänigkeit vorgelegten Punkte, welche Höchstse, ohne vorgängige Berathung mit den Landständen aus eigener Machtvollkommenheit zu gewähren im Stande sind. Als solche Punkte glauben wir die in unserer unterthän. Eingabe vom gestrigen Tage unter folgenden Nummern aufgeführten bezeichnen zu müssen:

- „Nr. 1. h. Öffentlichkeit der händischen Verhandlungen.
- „Nr. 3. Vollständige Anerkennung der verfassungsmäßigen Rechte der Landstände in Finanzangelegenheiten und bei der Gesetzgebung.
- „Nr. 7. Möglichste Verminderung der Kosten des Militärs und Freidigung derselben auf die Verfassung.
- „Nr. 8. Volkshümliche Wehrverfassung mit selbstgewählten Offizieren.
- „Nr. 9. Sofortige Gewährung unbedingter Pressfreiheit.
- „Nr. 10. Zusicherung geeigneter Mitwirkung für eine Revision der Verhältnisse des Zollvereins, und ebenso
- „Nr. 11. für die Constituirung eines deutschen Parlaments; endlich
- „Nr. 12. Die sofortige Enthebung der Mitglieder Fürstl. Regierung von ihren Nebenämtern bei Fürstlicher Rentkammer.

„Nicht minder wird in Bezug auf die übrigen Punkte die Zusicherung entsprechen, der Vorlagen an die bevorstehende Ständerversammlung nothwendig sein.“

„Dann aber wird in Erwägung der oben bezeichneten Gefahr auch eine außerordentlichem Wege am morgenden Tage zu bewerkstelligende Bekanntmachung der von Ew. Hochfürstl. Durchlaucht mit Inerzucht zu erwartenden gewährenden Resolution eine zur Erreichung des beabsichtigten Zwecks, einer möglichst vollständigen Beruhigung des Landes, unerlässliche Bedingung sein.“

„Als päpstliche Behörden sind wir zunächst für die Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung in hiesiger Stadt mit verantwortlich, müssen aber mit Bedauern diese unsere Verantwortlichkeit für den hoffentlich nicht zu befahrenden Fall der Nichtgewährung unserer Bitte gänzlich von uns ablehnen und auf Ew. Hochfürstl. Durchlaucht Regierung zurückfallen lassen.“

„Wir verharren in aller Unterthänigkeit“

„Ew. Hochfürstliche Durchlaucht treu gehorsamste
Magistral und Stadtverordnete.“

Detmold den 8ten März 1848.

Laßt uns jetzt mit Ruhe und Vertrauen der bessern Zukunft entgegensehen, welche die hochherzigen Entschlüsse unseres Fürsten uns eröffnen.

Detmold den 9. März 1848. Morgens 10 Uhr.

Der Magistral und die Stadtverordneten.

Lektüre von Strauß und Feuerbach trafen. Sie interessierten sich für die großen Themen der Zeit, philosophierten über Gott und die Welt, träumten von dogmenfreier Humanitätsreligion und einer freien Gesellschaft. Sie kannten die sozialkritische Pauperismusliteratur, aber kaum das Elend der lippischen Spinner und Weber aus eigener Anschauung. Im Grunde ein kleiner Intellektuellenzirkel, war ihre Resonanz trotz der "Wage" und trotz Volksvereinsbewegung begrenzt.

Lemgo, Publikationsort der "Wage", spielt trotz seiner besonderen demokratischen Tradition aufgrund eigener lokaler Querelen 1848 für die Geschehnisse in Lippe nur eine untergeordnete Rolle. Wie gering die Demokraten ihre eigenen Erfolgchancen einschätzten, geht u.a. aus der Tatsache hervor, daß sie für die Deutsche Nationalversammlung nicht ihren eigenen Kandidaten, Theodor Althaus, vorschlugen, sondern den Detmolder Gymnasialdirektor Heinrich Schierenberg und Althaus nur als Stellvertreter. Volkhausen selbst hat sehr nüchtern und zutreffend im Rückblick (1861) die isolierte Situation seiner Gesinnungsgenossen geschildert: "[...] Während der Märztag war jedermann Demokrat; ein paar Monate später galt Derjenige, der sich einen Demokraten nannte, schon für einen gefährlichen Menschen. Die Ursache dieser Wandlung lag nicht etwa bloß in dem Verlaufe der großen Politik, sie lag in den Localverhältnissen Lippes. Der rechte Demokratismus ist nur eine Frucht der Kultur, er wächst nicht wild auf dem Ackerland des Bauern oder auf dem 'Kampe' des 'Einlieggers' oder 'Kötters'. Er war in Lippe nur vertreten durch einzelne Leute aus den höhern Ständen, größtenteils junge Juristen und Theologen, und durch eine Anzahl Volksschullehrer; im Übrigen bezeichnete der Name Demokratie nur das äußerste Maß der Unzufriedenheit. Jene jungen Leute verdankten ihren momentanen Einfluß nur ihrer Keckheit, ihnen fehlte aber meist das gewisse Alter, der gewisse Rang, das gesicherte Einkommen und das warme Interesse für die lokalen Zustände [...]. Sie [...] verfochten den theoretischen Demokratismus nicht übel, aber in die Details der lippischen Administration und Justiz drangen sie nicht ein. Herangereift an der radikalen Literatur der vormärzlichen Zeit, boten sie gerade im Theoretisieren der lauernden Reaktion zahlreiche Angriffspunkte [...]"⁴²

Trotzdem, obwohl faktisch von dieser Seite nichts erreicht wurde: Die "Wage" war eine bedeutende politische Stimme, die zum ersten Mal engagiert und niveauvoll die Grundsätze der Volkssouveränität und deren Konsequenzen für die politische und militärische Verfassung vertrat. Für die Realisierung dieser Ideen war es 1848 noch zu früh; aber die Diskussion zeigt, daß Lippe in die politische Zeitströmung eingebunden war.

Weiter links stehende sog. *Frühsozialisten und Kommunisten* haben im lippischen Meinungsspektrum 1848 keine Rolle gespielt.⁴³ Vertreter dieser Richtung haben sich im Vormärz im Rheda-Gütersloher Raum gesammelt. Sie gaben eine Zeitschrift, das "Weser Dampfboot", später in "Westphälisches Dampfboot" umbenannt, heraus und pflegten Verbindungen zu Moses Heß, Karl Grün, Marx und Engels. Treffpunkt dieses Zirkels war häufig das im Ostwestfälischen gelegene Schloß Holte im Besitz des Gutsbesitzers und Frühkapitalisten Friedrich Ludwig Tenge, der uns schon als Opfer der Einliegerrevolte in Niederbarkhausen begegnet ist. Für sie gilt aber in noch stärkerem Maße als für die lippischen Demokraten: sie bleiben ein intellektueller Debattierclub, der trotz seiner intensiven Bemühungen um publizistische Wirkung seine eigentlichen Adressaten nicht erreicht. An ihnen wird auch deutlich, daß radikal-demokratisches und sozialistisch-kommunistisches Gedankengut Landesgrenzen übergreifend im Vormärz verbreitet war; und in dieses Kommunikationsnetz der Kulturnation ist auch Lippe eingespant.

Die Belebung der Presselandschaft hat aber auch auf dem rechten reaktionären Spektrum zu einer Zeitungsgründung geführt: im September 1848, als überall im Bereich des Deutschen Bundes die Reaktion erstarkte, wurde das "Lippische Volksblatt" gegründet. Ziel dieses Blattes war die Unterdrückung liberaler Ideen und die Bekämpfung der "Wage".⁴⁴ Man verteidigte die gottgewollte Staatsordnung, das uneingeschränkte Gottesgnadentum und alles, was nach Revolution gleich Anarchie roch, wurde mit religiösem Eifer verfolgt. *Pietisten* waren unter den Anhängern dieser Richtung und, obwohl schwer belegbar, kann es keinem Zweifel unterliegen, daß in der Bevölkerung monarchistisch-pietistische Vorstellungen eher verbreitet waren als kommunistische. Dennoch, auch diese Strömung war erfolg- und einflußlos.

Festzuhalten bleibt: Von repräsentativer Bedeutung waren allein die beiden politischen Richtungen, die hinter der "Wage" und den "Vaterländischen Blättern", früher "Lippisches Magazin", standen, die Demokraten und der gemäßigte Fortschritt. So verschieden ihre Positionen auch waren, es gab Verbindungen und Berührungspunkte zwischen ihnen. Sie gehörten der gleichen Bildungsschicht an, sprachen dieselbe Sprache; man konnte miteinander reden und einen Teil des politischen Weges zusammen gehen.

Resümee:

Abschließend sei die Frage gestellt: Was hat das Revolutionsjahr Lippe gebracht? Eine Regierungsumbildung, eine Belebung und Intensivierung der politischen Diskussion auf verbreiteter Basis, wovon die vielen Zeitungsneugründungen zeugen. Die sog. Revolutionsgesetzgebung hat das fortgesetzt, was seit dem Vormärz längst im Gang war, den Abbau und die Beseitigung längst veralteter feudaler Privilegien. Ein wichtiger politischer Fortschritt waren die Verordnungen vom 16. Januar 1849, die Wahl der Landtagsabgeordneten und die Zusammensetzung des Landtags betreffend.⁴⁵ Mit der Einführung des allgemeinen und gleichen, wenn auch noch nicht geheimen Wahlrechts, war ein großer, nicht zu unterschätzender Schritt zur Demokratisierung getan, der für seine Zeit als modern bezeichnet werden muß.⁴⁶ Da gleichzeitig mit der Abschaffung der Kurienabstimmung im Landtag – von nun an nur noch gemeinsame Beratung und Abstimmung in einer Versammlung – auch der *Übergang zur echten Landesrepräsentation* ohne Bindung an Besitz vollzogen wurde, muß man von einer nicht zu unterschätzenden qualitativen Änderung der staatspolitischen Verhältnisse in Lippe sprechen. Allerdings ist die auf der neuen Grundlage gewählte Volkskammer, die vom Juni 1849 bis März 1850 mit zweimaliger Unterbrechung tagte, ihrer Aufgabe nicht gerecht geworden. Denn die beiden großen Probleme, die Domonialfrage zu lösen und ein neues Staatsgrundgesetz zu verabschieden, um die Rechte des Landtags im konstitutionellen Sinne abzusichern, wurden nicht bewältigt. Insofern war der unbestreitbare Erfolg der politischen Auseinandersetzung ungesichert und blieb während der Reaktionsjahre gefährdet. Umso wichtiger, daß ein publizistisches Organ wie die "Wage" sich weiter für einen demokratischen Ausbau des Errungenen einsetzte. Im September 1852 holte allerdings auch dieses Blatt die Reaktion ein und es mußte auf landesherrliche Verfügung sein Erscheinen einstellen.

Lippe in den zwei Jahrzehnten vor dem Revolutionsjahr 1848: Vormärz oder Biedermeier? Und die Lipper: botmäßige Untertanen oder unbotmäßige Demokraten? Der historische Befund ist klar, aber nicht eindeutig im Sinne der Alternative.

Das politische Verhalten der agierenden Gruppen leitet sich konsequent aus ihren vormärzlichen Aktivitäten her, ihre politische Arbeit wird 1848 fortgesetzt. Und auch die Erfolge, das Erreichte des Revolutionsjahres, entsprechen völlig der Verteilung der politischen Gewichte, wie wir sie aus den 30er und 40er Jahren kennengelernt haben. Insofern kann man von einer *politischen und personellen Kontinuität* sprechen, die das

sog. Revolutionsjahr einschließt. Die Männer und politischen Richtungen aber, die Vormärz und Revolution in Lippe prägen, sind weder botmäßige Untertanen noch unbotmäßige Demokraten. Sie sind selbstbewußte, politisch wache Bürger, die das politische Geschick ihres kleinen Landes und Deutschlands mitbestimmen wollen und diesen Anspruch mit Nachdruck vertreten, sei es mit stärker demokratischer oder mehr reformkonservativer Akzentuierung. Ihr Erfolg auf Landes- und gesamtdeutscher Ebene ist durchaus beachtenswert und kann sich neben dem 1848 Erreichten in anderen Ländern sehen lassen.

Anmerkungen

- 1 Der Begriff des Vormärz wird in der Literatur unterschiedlich definiert. Die weiteste zeitliche Ausdehnung umfaßt den Zeitraum vom Wiener Kongreß bis zur 48er Revolution. Wenn man einen politisch-inhaltlich faßbaren Zusammenhang mit den revolutionären Ereignissen des Jahres 1848 zugrunde legen will, so scheint die zeitliche Abgrenzung ab 1830 am überzeugendsten, da seit der französischen Juli-Revolution eine Kontinuität politischer Aktivitäten bis zu den Märzforderungen festzustellen ist.
- 2 Der Begriff des Biedermeier leitet sich ursprünglich von den 1850 in den "Fliegenden Blättern" erschienenen Gedichten Ludwig Eichrodts, "Biedermeiers Liederlust", her. Mit Biedermeier wird ein treuherziger, aber philiströs beschränkter spießiger Mensch bezeichnet, der in seinem politischen Verhalten typisch ist für die gebildeten Kreise, die unter dem Druck der Restaurationszeit sich aus der verantwortlichen Mitgestaltung des öffentlichen Lebens in die behütete Innerlichkeit eines idyllischen Familienlebens zurückziehen.
- 3 Karl-Georg Faber, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. Restauration und Revolution von 1815 und 1851, in: Brandt/Meyer/Just, Hdb. d. Dt. Geschichte 3 I b Wiesbaden 1979, S. 8.
- 4 Die grundlegende Arbeit über die Fürstin Pauline ist nach wie vor: Hans Kiewning, Fürstin Pauline zur Lippe 1769 – 1820, Detmold 1930.
- 5 Erich Kittel, Heimatchronik des Kreises Lippe, Köln ²1978, S. 194.
- 6 Franz Schnabel, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, 4 Bde., Freiburg 1929 – 37 u.ö. In dem Band über "Die moderne Technik und die deutsche Industrie" weist Schnabel auf den engen Zusammenhang zwischen der konstitutionellen Bewegung und dem industriellen Aufstieg hin.
- 7 Kittel, wie Anm. 5, S. 193.
- 8 Artikel 13 der Bundesakte: "In allen Bundesstaaten wird eine landständische Verfassung stattfinden." Vgl. dazu: Ernst Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd.I: Reform und Restauration 1789 bis 1830. Stutt-

- gart 1961. § 36: Bundesverfassung und Landesverfassungen, S. 640 ff.
- 9 Die nie in Kraft getretene lippische Verfassung von 1819 wurde abgedruckt als Beilage zum "Fürstlich Lippischen Intelligenzblatt" 1819, 26. Stück.
 - 10 Text der Verfassung: Verordnung, die landständische Verfassungs-Urkunde betr. von 1836, in: Lippische Landes-Verordnungen (im folgenden zitiert als LLV) 8, 1833 – 42, Nr. LXIX, S. 179 – 200.
 - 11 Beste Untersuchung zur Bedeutung der Verfassungsproblematik in Lippe: Hans Kiewning, Hundert Jahre lippischer Verfassung 1819 – 1919, Detmold 1935.
 - 12 Wie Anm. 10.
 - 13 Typisch für eine derartige Haltung sind Wendungen, wie sie sich im Landtagsabschied von 1842/43 finden. Dort heißt es z.B.: "Wir haben die zu dem Entwürfe gemachten Erinnerungen und Bemerkungen sorgfältig prüfen lassen und finden mehrere der gemachten Vorschläge ganz zweckmäßig, wenngleich Wir nicht in allen Punkten Uns die Ansichten getreuer Stände haben aneignen können. Mit Übergehung der minder wichtigen eröffnen Wir darüber Folgendes [...]." In: Verhandlungen des Landtages des Fürstenthums Lippe vom 7. Dezember 1842 bis zum 15. Februar 1843. Aus den Landtags-Acten zusammengestellt, Detmold o.J. (1843), S. 193.
 - 14 Kiewning, wie Anm. 11, S. 107.
 - 15 LLV 8, 1841: Verordnung, das Heimathsrecht betr. = Nr. CLXII, S. 530 – 540; ibid. Verordnung, die Gemeinde-Verfassung betr. = Nr. CLXIII, S. 541 – 562. Verordnung, die Städte-Ordnung betr., in: LLV 9, 1843 – 1846, Nr. 18, S. 57 – 92.
Vgl. zu den Gesetzen die breite Diskussion im "Lippischen Magazin"; insbesondere: Heimatgesetz und Landgemeindeordnung, 5, 1840; zur Städteordnung: 8, 1842/43 und in den "Vaterländischen Blättern", 2, 1845 die Nummern 6, 7 und 46 – 48; ferner die Landtagsverhandlungen.
 - 16 Die Steinsche Städteordnung von 1808 ist eines der großen Gesetze der Reformzeit, während die Landgemeindereform nach gescheiterten Vorstößen in den 20er Jahren erst in den 40er Jahren wieder aufgenommen wurde und 1841 zu einer Landgemeindeordnung für Westfalen (31.10.) und 1845 für das Rheinland (23.7.) führte. Die sechs östlichen preußischen Provinzen erhielten erst 1856 (19.8.) eine Landgemeindeordnung. Vgl. dazu: Ernst Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, 7 Bde., Band III: Bismarck und das Reich, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz ³1988.
 - 17 Lipp. Magazin 1839, 11.12., Nr. 37, Sp. 609 ff.
 - 18 Ibid. Sp. 610 f.
 - 19 Werner Conze, Staat und Gesellschaft in der frührevolutionären Epoche Deutschlands, in: Historische Zeitschrift 186, 1958, S. 1 – 34 und ders., Das Spannungsverhältnis von Staat und Gesellschaft im deutschen Vormärz 1815 – 1848 (Industrielle Welt Bd. 1), Stuttgart ²1970, S. 207 – 271.
 - 20 Lipp. Magazin 1839, Nr. 37, Sp. 611.
 - 21 Vgl. dazu die Landtagsberatungen 1840; dort insbesondere das "Landtagsgut-

- achten über die Proposition eines Heimathgesetzes und einer Landgemein-
de-Ordnung", S. 49 – 57 der gedruckten Landtagsverhandlungen.
- 22 Lipp. Magazin 5, 1840, Nr. 48, Sp. 792 f.
 - 23 § 20 des Heimatgesetzes: "Hilfsbedürftige haben da, wo sie heimatberechtigt sind, aus den vorhandenen Armenmitteln Unterstützung zu gewärtigen. Im Notfalle liegt deren Gewährung dem Heimatverbände ob."
 - 24 Verordnung, die Theilung der Gemeinheiten betr., in: LLV 5, 1801 – 1810, Lemgo 1810, Nr. CVIII, S. 225.
 - 25 Verordnung, die Aufhebung des Leib- und Guts-Eigenthums betr., von 1808, LLV 5, 1801 – 1810, Nr. CXXII, S. 242 – 245.
 - 26 LLV 8, 1833 – 1842, Nr. CI, S. 383 – 420.
 - 27 Verordnung, die Heranziehung des befreieten Grundeigenthums zur Contribution betr. 21.3.1843, in: LLV 9, 1843 – 1846, Nr. 11, S. 41 – 44.
 - 28 Publications-Patent, die Zollanschluß-Verträge betr. 17.12.1841, LLV 8, 1833 – 1842, Nr. CLXXX. S. 597 – 627 und Nr. CLXXI, S. 628 – 779 = Publications-Patent über die Zoll-Gesetze.
 - 29 Zur Diskussion des Begriffs-Gegensatzpaares "Staat und Gesellschaft" vgl.: Ernst-Wolfgang Böckenförde (Hrsg.), Staat und Gesellschaft, Darmstadt 1976 (= Wege der Forschung 471). Zur Anwendung der beiden Begriffe auf die hier zur Debatte stehenden Phänomene des Vormärz vgl. meinen Aufsatz: Zum Wandel des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft im 19. Jahrhundert, in: Westfälische Forschungen 29, 1978/79, S. 119 – 145, insbesondere S. 122 – 124.
 - 30 Conze, wie Anm. 19.
 - 31 Zum Folgenden vgl. den begrifflich grundlegenden Aufsatz von Thomas Nipperdey, der die historisch-empirische Forschung maßgeblich beeinflußt hat: Verein als soziale Struktur in Deutschland im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert, in: Geschichtswissenschaft und Vereinswesen im 19. Jahrhundert: Beiträge zur Geschichte historischer Forschung in Deutschland, Göttingen 1972, S. 1 – 44. – Auf die Situation der Presse im vormärzlichen Lippe wird hier nicht eingegangen. Dazu liegt einmal die Untersuchung von Arno Schröder, Geschichte des Zeitungswesens in Lippe, Detmold 1932, vor sowie in diesem Band der Aufsatz von R. Stöber.
 - 32 Vgl. hierzu auch meinen in Anm. 29 genannten Aufsatz, dort insbesondere S. 128 – 131.
 - 33 Die Träger dieser geistigen und kulturellen Lebendigkeit finden sich vor allem unter den sog. "feinen Leuten", über die im Beitrag von G. Eisenhardt detaillierter berichtet wird. – Vgl. zur allgemeinen Atmosphäre meinen Aufsatz: Zur geistig-kulturellen Situation Lippes im Vormärz. Der naturwissenschaftliche Verein und die Bestrebungen zur Gründung eines Geschichtsvereins, in: Lipp. Mitteilungen aus Geschichte und Landeskunde 54, 1985, S. 109 – 137.
 - 34 Über Vereine und Vereinstätigkeit im Vormärz in Lippe vgl. auch: Wilhelm Süvern, Lippisches Magazin. Die Geschichte einer Heimatzeitschrift, Detmold

- 1974 (= Lippische Heimatbücher, hrsg. vom Lippischen Heimatbund, Geschichtliche Reihe Bd. 3).
- 35 Genauerer hierzu in diesem Band bei: H.J. Dohmeier.
- 36 Thomas Nipperdey, Nationalidee und Nationaldenkmal in Deutschland im 19. Jahrhundert, in: Historische Zeitschrift 206, 1968, S. 529 – 585 und ders., Zum Jubiläum des Hermannsdenkmals, in: Ein Jahrhundert Hermannsdenkmal 1875 – 1975, Detmold 1975, S. 11 – 23 (= Sonderveröffentlichungen des Naturwissenschaftlichen und Historischen Vereins für das Land Lippe, Bd. 23).
- 37 Zum Wandel der Idee und Bedeutung des Nationaldenkmals in Deutschland im 19. Jahrhundert vgl. außer Nipperdey auch Franz Schnabel, Die Denkmalkunst und der Geist des 19. Jahrhunderts, in: Die Neue Rundschau 50, 1939, S. 416 – 436; wieder abgedruckt in: Franz Schnabel, Abhandlungen und Vorträge 1914 – 1965, Freiburg/Basel/Wien 1970, S. 134 – 150.
- Bezüglich des Hermannsdenkmals läßt sich festhalten: Die Fertigstellung und Vollendung 1875 nach der kleindeutschen Reichsgründung zeigt den inzwischen erfolgten Wandel vom kulturnational geprägten Nationalismus des Vormärz zum aggressiven machtsstaatlichen Nationalismus des späten 19. Jahrhunderts. Ausführlicher zu diesem Problem meine Untersuchung in den Westf. Forschungen, s.o. Anm. 29.
- 38 Erinnert sei hier nur an das Wartburg-Fest 1817, das Hambacher Fest 1832, das Kölner Dombaufest 1842, die Sänger-, Schützen-, Turner- und Handwerkerfeste, die Schiller-Feiern usw. Im Grunde handelt es sich im vorpolitischen Raum um festliche Demonstrationen der bürgerlichen Gesellschaft für politische Werte, für die man sich während der Reaktionszeit nicht direkt engagieren kann. Man feiert Gutenberg und meint die Pressefreiheit, man erinnert an Luther und die Reformation und meint Geistesfreiheit und Befreiung von nationaler Bevormundung. So wird auch das Hermannsdenkmal zum Symbol für politische Werte, auf deren Erfüllung man für die Zukunft hofft: nationale Einheit und Freiheit – ein Traum, dessen Realisierung die Paulskirchenvertreter 1848 optimistisch und von Enthusiasmus getragen in Angriff nahmen, der sich aber als unerfüllbar erwies und bis heute das Grundmotiv deutscher Politik geblieben ist.
- 39 Kittel, Heimatchronik, S. 217.
- 40 Ibid. S. 226. Die einzige größere Untersuchung zum Revolutionsjahr in Lippe ist die Dissertation von Wilhelm Wortmann, Die Revolution von 1848/49 in dem Fürstentum Lippe-Detmold, Würzburg 1937 – von kleineren neueren Beiträgen und Spezialuntersuchungen in unveröffentlichten Examensarbeiten abgesehen.
- 41 Verordnung, die Freiheit der Presse betr., 8.3.1848 = Nr. 2, S. 89 in: Gesetz-Sammlung für das Fürstenthum Lippe 1848.
- 42 Alfred Bergmann, Carl Volkhausen. Der Lebensgang eines lippischen Demokraten, in: Lipp. Mitt. 24, 1955, S. 5 – 90, S. 44.
- 43 Hierzu vgl. Uwe Synowski, Das "Westphälische Dampfboot" (1845 – 1848) und der Frühsozialismus im Ostwestfälischen Raum, in: Westf. Forschungen, 35,

1985, S. 12-27, ferner seine demnächst in Druck erscheinende Dissertation: Liberale und sozialistische Opposition in Ostwestfalen zur Zeit des Vormärz.

44 Wortmann, a.a.O. S. 49 f. und Arno Schröder, a.a.O.

45 Verordnung, die Wahl der Landtags-Abgeordneten betr., 16.1.1849, in: LLV 10, 1847 – 52, Nr. 4, S. 136 – 141. Verordnung, die Zusammensetzung des Landtags und die Ausübung der ständischen Rechte betr., 16.1.1849, ibid. Nr. 5, S. 142 – 143.

46 Das demokratische Wahlrecht wurde zum ersten Mal bei den Wahlen zum konstituierenden Norddeutschen Reichstag (12.2.1867) auf Anregung Bismarcks angewandt, der sich daraus ein für ihn günstiges politisches Ergebnis aufgrund der konservativ-monarchistischen Gesinnung breiter Bevölkerungsschichten erhoffte, nachdem er mit dem Dreiklassenwahlrecht in Preußen im Landtag eine starke bürgerliche liberale Opposition kennengelernt hatte, die ihm im Heeres- und Verfassungskonflikt das Leben schwer gemacht hatte. – Die große Parlamentsreform in England von 1832 brachte für nur etwas mehr als 5 % der Bevölkerung das Wahlrecht!